

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Agnieszka Brugger, Dr. Franziska Brantner, Katja Keul, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/10185 –**

### **Glaubwürdig für Frieden, Diplomatie und Sicherheit – Impulse für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union**

#### **A. Problem**

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion muss Europa mehr Verantwortung in der Welt übernehmen und dafür viel stärker kooperieren als bisher. Damit die EU weltpolitikfähig werden kann, braucht sie nach der Einschätzung der antragstellenden Fraktion eine kluge, breit geteilte außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitische Strategie, die der Förderung des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte dient und durch Dialog, Diplomatie, einer nachhaltigen Struktur- und präventiven Friedenspolitik zu mehr Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung in der Welt beiträgt. Als wichtige Kernaufgaben der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik werden benannt: Sorge für die eigene Sicherheit und Stärkung der Vereinten Nationen in ihrer Handlungsfähigkeit, sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich. Für die antragstellende Fraktion bedeutet eine Sicherheitsunion zwischen den EU-Mitgliedstaaten eine stärkere militärische Zusammenarbeit unter den richtigen Bedingungen.

Sie fordert die Bundesregierung u. a. auf, den deutschen Sitz im VN-Sicherheitsrat als gemeinsamen Sitz der EU zu begreifen und sich mit den anderen EU-Mitgliedern im Sicherheitsrat verstärkt abzustimmen; sich dafür einzusetzen, die EU handlungsfähiger zu machen, indem der Rat im Bereich der GASP zukünftig mit qualifizierter Mehrheit Entscheidungen, ohne militärische und verteidigungspolitische Bezüge, treffen kann; sich innerhalb der GASP vor allem für die Stärkung der zivilen Säule des außenpolitischen Handelns der EU als nachhaltigen und starken Pfeiler einer menschenrechtsorientierten Außen- und Sicherheitspolitik einzusetzen; der GASP für die nächsten Jahre eine starke feministische und zivile Komponente zu geben; sich in Bezug auf zivile Konfliktverhütung und Konfliktbearbeitung der Konfliktverhütung und der Mediation höhere Priorität einzuräumen; sich dafür einzusetzen, Doppelungen von militärischen Fähigkeiten in der EU abzubauen und stattdessen etwaige Lücken durch kohärente Zusammenarbeit zu

schließen; sich im sicherheitspolitischen Interesse für eine gemeinsame europäische Rüstungsexportkontrolle einzusetzen; ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen sowie sich im Rahmen der Verhandlungen des MFR für 2021-2027 dafür einzusetzen, die außen- und entwicklungspolitischen Instrumente sowie das Instrument für Stabilität und Frieden als eigenständige Finanzinstrumente zu bewahren.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.**

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Kosten**

Keine.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/10185 abzulehnen.

Berlin, den 9. September 2020

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Dr. Norbert Röttgen**  
Vorsitzender

**Jürgen Hardt**  
Berichtersteller

**Dietmar Nietan**  
Berichtersteller

**Armin-Paulus Hampel**  
Berichtersteller

**Bijan Djir-Sarai**  
Berichtersteller

**Sevim Dağdelen**  
Berichterstellerin

**Agnieszka Brugger**  
Berichterstellerin

## **Bericht der Abgeordneten Jürgen Hardt, Dietmar Nietan, Armin-Paulus Hampel, Bijan Djir-Sarai, Sevim Dağdelen und Agnieszka Brugger**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/10185** in seiner 101. Sitzung am 16. Mai 2019 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion muss Europa mehr Verantwortung in der Welt übernehmen und dafür viel stärker kooperieren als bisher. Damit die EU weltpolitikfähig werden kann, braucht sie nach der Einschätzung der antragstellenden Fraktion eine kluge, breit geteilte außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitische Strategie, die der Förderung des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte dient und durch Dialog, Diplomatie, einer nachhaltigen Struktur- und präventiven Friedenspolitik zu mehr Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung in der Welt beiträgt. Als wichtige Kernaufgaben der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik werden benannt: Sorge für die eigene Sicherheit und Stärkung der Vereinten Nationen in ihrer Handlungsfähigkeit, sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich. Für die antragstellende Fraktion bedeutet eine Sicherheitsunion zwischen den EU-Mitgliedstaaten eine stärkere militärische Zusammenarbeit unter den richtigen Bedingungen.

Sie fordert die Bundesregierung u. a. auf, den deutschen Sitz im VN-Sicherheitsrat als gemeinsamen Sitz der EU zu begreifen und sich mit den anderen EU-Mitgliedern im Sicherheitsrat verstärkt abzustimmen; sich dafür einzusetzen, die EU handlungsfähiger zu machen, indem der Rat im Bereich der GASP zukünftig mit qualifizierter Mehrheit Entscheidungen, ohne militärische und verteidigungspolitische Bezüge, treffen kann; sich innerhalb der GASP vor allem für die Stärkung der zivilen Säule des außenpolitischen Handelns der EU als nachhaltigen und starken Pfeiler einer menschenrechtsorientierten Außen- und Sicherheitspolitik einzusetzen; der GASP für die nächsten Jahre eine starke feministische und zivile Komponente zu geben; sich in Bezug auf zivile Konfliktverhütung und Konfliktbearbeitung der Konfliktverhütung und der Mediation höhere Priorität einzuräumen; sich dafür einzusetzen, Dopplungen von militärischen Fähigkeiten in der EU abzubauen und stattdessen etwaige Lücken durch kohärente Zusammenarbeit zu schließen; sich im sicherheitspolitischen Interesse für eine gemeinsame europäische Rüstungsexportkontrolle einzusetzen; ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen sowie sich im Rahmen der Verhandlungen des MFR für 2021-2027 dafür einzusetzen, die außen- und entwicklungspolitischen Instrumente sowie das Instrument für Stabilität und Frieden als eigenständige Finanzinstrumente zu bewahren.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10185 in seiner 62. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10185 in seiner 59. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10185 in seiner 58. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10185 in seiner 70. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat über die Vorlage auf Drucksache 19/10185 in seiner 63. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Berlin, den 9. September 2020

**Jürgen Hardt**  
Berichtersteller

**Dietmar Nietan**  
Berichtersteller

**Armin-Paulus Hampel**  
Berichtersteller

**Bijan Djir-Sarai**  
Berichtersteller

**Sevim Dağdelen**  
Berichterstellerin

**Agnieszka Brugger**  
Berichterstellerin





